

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Bad - ab. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag der Fraktion der CDU, wozu sich die F.D.P. der Stimme enthalten hat, abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über den Einzelplan 04 - Justizminister - ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 04 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2624 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der Entwurf des Einzelplans 04 in zweiter Lesung angenommen worden ist.

Nunmehr rufe ich auf:

Einzelplan 10: Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abg. Stump für die Fraktion der CDU.

(Große Unruhe - Glocke - Zurufe)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie unruhig sind und dem Redner nicht zuhören, wird natürlich die ganze Debatte nur noch verlängert. - Wenn Sie den Saal verlassen wollen, tun Sie es bitte leise, damit wir weiterkommen. - Herr Stump, Sie haben das Wort.

- (B) Stump (CDU): Danke schön! - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Trotz der späten Beratung des Einzelplans 10 nehmen wir die Aussprache zum Anlaß, auf die verschiedenen Unterlassungen und Rückzugsgefechte der Landesregierung im Umweltschutz hinzuweisen. Für uns ist es auch notwendig, deutlich zu machen, daß durch Verbalismus und Pseudotaten des Umweltministers allein notwendiger Umweltschutz noch nicht ersetzt werden kann.

Mit Vorliebe zum Beispiel reklamiert der Minister - und dies in regelmäßigen Abständen - beim Bund Unterlassungen in der Umweltschutzgesetzgebung.

(Große Unruhe - Zurufe von der SPD)

Dies tut er dann stets, wenn klar ist, daß in absehbarer Zeit der Bund notwendige Gesetzesnovellierungen zugunsten eines weiteren Umweltschutzes beschließt oder Rechtsverordnungen oder Verwaltungsvorschriften erläßt. Steht beispielsweise im Bund der notwendige Erlaß von Verwaltungsvorschriften zum Wasserhaushaltsgesetz kurz vor dem Abschluß,

ruft der Minister laut durchs Land: Wann kommen die Verwaltungsvorschriften? Das gleiche Spiel wurde bei der Störfallverordnung wiederholt. (C)

Ich denke, meine Damen und Herren, keine andere Bundesregierung hat in der Rahmengesetzgebung so Vorbildliches für den Umweltschutz geleistet wie die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl.

(Zustimmung bei der CDU - Oh-Rufe und Widerspruch bei der SPD)

Die zeitlich abgestimmten und von Taktik geprägten Anmahnungen des Ministers sind daher überflüssig.

(Zunehmend stärkere Unruhe vor allem bei der SPD)

Meine Damen und Herren, neben der gewollten Rivalität zur Bundesregierung sucht der Minister diese Rivalität auch zu den anderen Bundesländern. Als Beispiel nennt er bei der Einführung in den Einzelplan 10 die Umweltinvestitionen des Jahres 1985 mit dem Rekordergebnis von 2,3 Milliarden DM, die damit um das 2,7fache höher als in Bayern und nahezu viermal so hoch wie in Baden-Württemberg waren. - Herr Minister, Sie unterlassen es bei dieser Darstellung ganz bewußt, zu differenzieren, weil Sie offensichtlich nur eine einzige Absicht bei Ihrem Tun und Lassen haben: auf Kosten anderer in der Öffentlichkeit glänzen zu wollen!

(Neuhaus (CDU): So ist es! - Weiterhin anhaltende Unruhe) (D)

Unstrittig ist doch, daß in Nordrhein-Westfalen mit 16,7 Millionen Bürgern mehr Menschen wohnen als in Bayern und in Hessen zusammen, daß in Nordrhein-Westfalen Industriezweige wie Bergbau, Kohlekraftwerke, Stahl und Chemie in einem Ausmaß beheimatet sind, wie sie sich in keinem anderen Bundesland so konzentriert aufweisen lassen.

Daher ist es doch ganz selbstverständlich, daß bei einer so großen Bevölkerung mit einem so umfangreichen Industriebesatz die absoluten Zahlen bei den Umweltinvestitionen höher sein müssen als in jedem anderen Bundesland.

Von daher ist auch - -

(Anhaltend große Unruhe)

- Ich muß hier meine Stimme außerordentlich anstrengen, weil in diesem Saal nur geredet wird.

(Zurufe von der SPD)

(Stump (CDU))

- (A) - Ich muß das einmal sagen: Ich kann mich hier nicht vermitteln.

(Erneute Zurufe - Glocke)

Von daher ist die zugrunde gelegte Statistik auch erklärbar, da der eigentliche Investitionszuwachs in der Elektrizitätsversorgung stattgefunden hat, und zwar stieg er von 359 Millionen DM im Jahre 1979 auf 2,6 Milliarden DM in 1985. Wer sich vor diesem Hintergrund brüsten will, tut dies leichtfertig und nur aus egoistischen Motiven heraus. Ohne die Kohlekraftwerke, die durch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung des Bundes zu Entschwefelung und Entstickung gelangen, läge Nordrhein-Westfalen allenfalls im Mittelfeld. Damit kein falscher Zungenschlag aufkommt: Wir loben die Anstrengungen der nordrhein-westfälischen Unternehmen und Betriebe ausdrücklich. Wir loben sie für ihren Einsatz zugunsten unserer Umwelt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Einen anderen aufschlußreichen Vergleich ermöglichen die öffentlichen Investitionen von Ländern, Gemeinden und Zweckverbänden im Bereich des Umweltschutzes. Danach liegt Nordrhein-Westfalen bei den öffentlichen Investitionen pro Kopf der Bevölkerung auf Platz 6 - und dies im Wahljahr 1985, in dem die Zweckzuweisungen besonders hoch angesetzt wurden.

- (B) Meine Damen und Herren, bei der Vorstellung des Gewässergüteberichts stellte der Umweltminister fest, daß 95 % der 70 000 km langen Fließgewässer nur noch mäßig belastet seien und damit die Güteklasse II aufwiesen. Bei allein 60 000 km legt er seine Annahme zugrunde. Diese Aussage verwundert. Sie hat auch in der Öffentlichkeit und bei der Presse Erstaunen hervorgerufen. In dem von der Landesregierung vorgelegten Bericht werden weite Teilstrecken der Hauptreinzuflüsse zwischen "kritisch belastet" und "sehr stark verschmutzt" dargestellt. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den vielen sonstigen Fließgewässern im Lande.

Es ist durchaus richtig, daß sich der Zustand der Fließgewässer wesentlich verbessert hat, besonders dann, wenn man einen Zeitvergleich vornimmt, wie der Minister dies für den Zeitraum von 1976 bis 1986 getan hat. Der Gewässerzustand in Nordrhein-Westfalen gibt aber noch keine Veranlassung zur Entwarnung. Das gesteckte Ziel, die Gewässergüteklasse II zu realisieren, ist in vielen Teilen des Landes noch nicht erreicht.

Im Abwasserbereich befinden wir uns noch auf einer langen Wegstrecke, um zu geord-

neten und umweltgerechten Verhältnissen zu kommen. Viele Milliarden Mark sind erforderlich, um den auf diese Weise gewünschten Gewässerschutz zu erreichen. Der Sanierung der überalterten Kanäle kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die aggressiven Abwässer, die unser Kanalnetz jahrzehntelang aufnehmen mußte, haben das Leitungsnetz zerfressen. Teilweise sind nur noch Fragmente eines Kanals vorhanden. Die Abwässer gelangen so in den Boden, verseuchen diesen und gelangen letztendlich in unser Grund- und Trinkwasser. Über diese besondere Altlast schweigt sich der Umweltminister des Landes aus. (C)

Ein Lösungsweg, der sich natürlich im wesentlichen in der finanziellen Bereitschaft des Landes, helfen zu wollen, darstellt, wird nicht aufgezeigt. Im Gegenteil, angesichts der vorhersehbaren Notwendigkeiten geht die Hilfe des Landes zurück. Im kommenden Jahr liegen die Zuwendungen aus Zweckzuweisungen und der Abwasserabgabe um 143,6 Millionen DM unter dem Ansatz des Wahljahres 1985. Bei der Verteilung aller Zuwendungen für den Abwasserbereich kommt es verstärkt zu Ungerechtigkeiten. Hier findet mittlerweile ein Drei-Klassen-Zuweisungsmodell Anwendung, auf das im Ausschuß einmal näher eingegangen werden sollte. Immerhin stellte sich heraus, daß wir gar nicht weit davon entfernt sind, daß in fünf bis sieben Jahren Frisch- und Abwasserpreise von 10 DM pro Kubikmeter erhoben werden müssen. Gleichzeitig stellt sich hier die Frage der Sozialverträglichkeit. (D)

In Anbetracht dieser Entwicklung müßte der Eigenbeitrag des Landes erhöht werden. Die Finanzen aber lassen eine solche Hilfestellung nicht mehr zu. Auch eine größere Verteilungsgerechtigkeit wird angemahnt. Wir fordern daher, den von der CDU erwünschten Überblick über Frisch- und Abwasserpreise im Lande Nordrhein-Westfalen vorzulegen, der hierfür notwendig ist.

Der Abfallbereich gehört zu den aktuellen Themen einer modernen Umweltschutzpolitik. Hierbei erweckt der Umweltminister den Eindruck, daß die Landesregierung auf dem Gebiet der Abfallentsorgung sehr dynamisch ist. Das Bild der jetzigen Selbstdarstellung läßt Versäumtes vergessen. Dies ist gewollt, Herr Minister. Seit 1970 hat die Landesregierung in der Abfallentsorgungsplanung geschlafen. Heute läuft sie Standorten für Sondermüllentsorgung nach, weil nicht mehr ausreichend entsorgt werden kann.

Die Landesregierung erledigt jetzt, wenn überhaupt, nur ihre verschlafenen Hausar-

(Stump (CDU))

- (A) beiten. Dabei zieht sie sich aus der materiellen Verantwortung zurück, treibt aber die hochverschuldeten Gemeinden in einen Altlastensanierungsverband. Darüber hinaus dürfen die Gemeinden kaum noch mit Zuweisungen für den Bau von Abfallentsorgungsanlagen rechnen, obgleich ihnen demnächst aufgegeben wird, sich im Verwertungsbereich verstärkt mit Neuanlagen zu engagieren. Allein die Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz für den Bau von Müllentsorgungsanlagen werden von bisher 70 Millionen DM im Jahre 1987 auf 18 Millionen DM im Jahre 1988 zurückgefahren.

Bei den Altlasten haben die Gemeinden ebenfalls eine große Bürde zu übernehmen. Der 1986 eingerichtete Altlastenfonds, der als ein großer Erfolg gefeiert wurde, verzeichnete am 31. Dezember 1986 lediglich einen Mittelabfluß von 14,5 Millionen DM. Im September dieses Jahres waren von den in diesem Jahr zur Verfügung stehenden 40 Millionen DM erst 400 000 DM abgeflossen. Im kommenden Jahr werden nur noch 15 Millionen DM aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt; der Rest wird vom GFG herübergeholt.

Überall befindet sich das Land auf der Rückzugslinie. Wir fordern Sie, Herr Minister, auf, dem Parlament die Liste aller bekannten Altlasten vorzulegen und dabei die dringenden Sanierungsvorhaben zu nennen und das erforderliche Finanzvolumen zu beziffern. Bei der Suche von Standorten für Sondermüllentsorgungsanlagen erwarten wir vom Land eine größere Hinwendung zu den Sorgen der Bürger. Vor allem eine umfassende Aufklärungsarbeit vor Ort tut not. Wir erwarten aber auch die Benennung der gewünschten Standorte, nicht nur die Nennung der Anzahl der Standorte.

(B)

Zur Luftreinhaltepolitik bleibt erfreulicherweise festzustellen, daß die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, erlassen durch die Bundesregierung, auch dem Land Nordrhein-Westfalen zu einer sauberen Luft - insbesondere durch die Entschwefelung der Großkraftwerke - verholfen hat. Die Entstickung muß termingerecht folgen. Ferner ist in Nordrhein-Westfalen eine zügige Umsetzung der TA Luft sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, der Umwelthaushalt entspricht nicht dem Schwerpunkt "Umwelt". Er wird auch nicht den Bedürfnissen der Gemeinden gerecht, die sich im Umweltschutz engagieren wollen. Das Land zieht sich weitgehend aus der finanziellen Verantwortung für den Umweltbereich bei Abwasser und Abfall zurück.

Der von Ihnen, Herr Minister, vorgelegte Umweltaetat ist kein wirkungsvoller Beitrag zur ökologischen Erneuerung des Landes. (C)

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Strehl das Wort.

Strehl (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 10 kennzeichnet - wie schon in den letzten Jahren -, daß der Umweltpolitik in unserem Lande eine deutliche Priorität zukommt, die systematisch in konkrete Maßnahmen umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Die wirtschaftliche Erneuerung und die Verbesserung der Umwelt sind zentrale Aufgaben, die wir uns gestellt haben. Zwischen beiden besteht oft ein enger und ursächlicher Zusammenhang, der die Problemlösungen zum Teil erleichtert, zum Teil aber auch erschwert. Vor diesem Hintergrund sind wir sehr zufrieden, gerade zur Halbzeit der Legislaturperiode eine beachtliche Bilanz vorlegen zu können.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Wenn man dagegen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der oft vereinigten Opposition, Ihre zögerlichen und halbherzigen Versuche betrachtet, Umweltpolitik zu betreiben, so ist man, gelinde gesagt, enttäuscht. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die gerade abgeschlossenen Ausschlußberatungen abheben, wo Sie - ich meine jetzt die Damen und Herren von der CDU - ganze zwei verhältnismäßig zurückhaltende - man könnte auch sagen: mickrige - Anträge gestellt haben. (D)

Der eine Antrag, 50 000 DM zusätzlich für Fortbildungsseminare anzusetzen, ist ja nicht gerade ein Ausdruck besonderer umweltpolitischer Findigkeit. Das Begehren des zweiten Antrags, den Ansatz bei Kapitel 10 190 von 1,85 Millionen DM auf 1,90 Millionen DM, also auch um 50 000 DM zu erhöhen und damit im Rahmen der TEMES-Luftüberwachung zu prüfen, ob weitere Schadstoffparameter erfaßt werden können, ist zwar sachlich zu begrüßen, aber haushaltstechnisch auch ohne die zusätzlichen 50 000 DM zu erfüllen.

An konkreten inhaltlichen Verbesserungsvorschlägen, Alternativen, ja selbst an Kritik herrscht bei Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, offensichtlich Sendepause. Sie

(Strehl (SPD))

- (A) werden in diesem Jahr allenfalls noch durch die F.D.P. übertroffen, die überhaupt keine Anträge gestellt und damit wohl ihre Zufriedenheit mit der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik zum Ausdruck gebracht hat.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der F.D.P. - Zuruf von der F.D.P.: Es darf gelacht werden!)

Selbst Ihr Landesparteitag in Duisburg vor einer Woche, meine Damen und Herren von der CDU, der ja mit großen Erwartungen bedacht worden ist,

(Zuruf des Abg. Kruse (CDU))

war eine einzige umweltpolitische Enttäuschung, Herr Kruse. Man kann also eindeutig sagen - -

(Jacobs (CDU): Waren Sie dort? - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Jacobs, falls darüber überhaupt in der Presse berichtet wurde, waren die umweltpolitischen Akzente, die Sie angeblich setzen wollten, dermaßen schwach, daß man nur wieder einmal die Adjektive "zögerlich" und "halbherzig" gebrauchen kann.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- (B) Ich möchte nun die umweltpolitischen Erfolge der Regierung und damit der SPD-Fraktion kurz skizzieren.

Erstens: Der Bereich Wasserwirtschaft. Die Zielsetzung auf diesem wichtigen Feld ist wie folgt zu umschreiben:

- Die Gewässer sind vorbeugend zu schützen.
- Entsprechende Belastungen des Wassers sind an den Verschmutzungsquellen abzubauen bzw. die Gewässer sind zu sanieren.
- Wo immer es möglich und sinnvoll ist, ist Wasser zu sparen.
- Der naturnahe Zustand der fließenden Gewässer ist soweit wie möglich wiederherzustellen.

Diese Politik wird zielstrebig umgesetzt. Auch dafür einige Beispiele!

Von 1985 bis 1987 wurde im Landeshaushalt 1 Milliarde DM - und zwar ohne die Abwasserabgabe - für die Abwassermaßnahmen zur

Verfügung gestellt. Hiermit wurde ein Investitionsvolumen von rd. 2,5 Milliarden DM angeregt. (C)

Ein künftiger Schwerpunkt ist die Sanierung von vorhandenen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Bau und die Sanierung von Abwassernetzen. Im Haushaltsplanentwurf 1988 sind hierfür 310 Millionen DM vorgesehen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Maßnahme "Naturnaher Wasserbau und Gewässerunterhaltung sowie Hochwasserschutz". Der Haushaltsplan 1988 weist hierfür 65 Millionen DM aus. Ab 1985 wurden für diesen Zweck 125 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Die Novellierung des Landeswassergesetzes bringt die erforderliche Verbesserung des Wasserrechtes, und zwar in folgenden Punkten:

- bei der notwendigen Umsetzung internationaler Vorschriften
- beim Wasserhaushaltsgesetz und beim Abwasserabgabengesetz
- bei der Fortentwicklung des Landeswasserrechtes
- bei den notwendigen Konsequenzen aus den Chemieunfällen am Rhein.

Besonderes Gewicht liegt hierbei auf der weiteren Verbesserung der Gewässergüte. Übrigens läßt sich, Herr Kollege Stump, gerade der Erfolg der nordrhein-westfälischen Wasserpolitik aus dem Gewässergütebericht eindeutig ablesen. (D)

Hinzuweisen ist schließlich auf die Bundesratsinitiativen als Konsequenz aus den Chemieunfällen am Rhein, und zwar auf den Gebieten des Immissionsschutzrechtes, des Chemikaliengesetzes, des Pflanzenschutzrechtes, der Schadstoffverordnung sowie des Haftungs-, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrechtes. Hier kann der Bund beweisen, Herr Kollege Stump, daß er bereit ist, sein Vollzugsdefizit endlich abzubauen.

Zweitens: Der Bereich der Abfallwirtschaft. Ein immer größer werdendes Problem ist die Entsorgung unseres Landes von Sonderabfällen. Hier wird das große Ziel der Abfallvermeidung nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Entsorgung eine außergewöhnliche Bedeutung zukommt. Die zu entsorgende Gesamtmenge von rd. 10 Millionen Tonnen pro Jahr wird zu einem hohen Prozentsatz - und das ist erfreulich -, nämlich zu rd. 33 %, wiederverwertet. Dennoch verbleiben rd. 7 Millionen Tonnen, die entsorgt werden müssen. Hierzu reichen die vorhandenen Anlagen nicht aus. Deswegen brauchen wir

(Strehl (SPD))

- (A) erweiterte Kapazitäten, um der steigenden Abfallmenge Herr werden zu können.

Hierzu bringt das Rahmenkonzept die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen und schafft die Voraussetzungen, den schwierigen Standortfindungsprozeß transparenter zu gestalten; das war ja auch Ihre Forderung.

Ich verhehle aber nicht, daß die Standortfindung vor Ort auf erhebliche Schwierigkeiten bzw. zum Teil auch auf Ignoranz stößt. Hier sind wir alle aufgerufen, die nötigen Entsorgungsanlagen auch vor Ort akzeptabel zu machen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wer gegen die Verklappung auf hoher See ist, kann sich nicht gleichzeitig davor drücken, daß die Giftstoffe an Land entsorgt werden. Hier sind wir als verantwortungsbewußte Volksvertreter gemeinsam gefordert.

Hinzu kommt, daß eine hochmoderne Entsorgungstechnik gefragt ist, die zudem die Schutzauflagen in hohem Maße berücksichtigt. Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit großer Innovationsbreite in Sachen Umweltschutz.

(Zustimmung bei der SPD)

Dies muß sich auch praktisch beweisen können, und zwar dort, wo Sonderabfall entsteht. Mein Appell geht deshalb an die Gemeinden im Lande, an die Bezirksplanungsräte und an alle Bürger, künftig in diesem Sinne zu handeln.

(B)

Ein wirksamer Beitrag und eine wirksame Fortentwicklung sehen wir auch in der beabsichtigten Gründung des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbandes. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist uns mit Drucksache 10/2614 zugeleitet worden. Wir erwarten, daß durch den zu gründenden Verband die Möglichkeit zur Vermeidung und Entsorgung von Reststoffen und Abfällen verbessert und beschleunigt wird.

Zu den Aufgaben des Verbandes gehört ferner die Altlastensanierung dort, wo der ordnungsrechtlich Verantwortliche nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang herangezogen werden kann. Wir sind jedenfalls für eine zügige und konstruktive Beratung des Gesetzentwurfs und rufen Sie dazu auf, sich hieran zu beteiligen.

(Zustimmung bei der SPD)

Zum Komplex Luftreinhaltung! Hier sind große Erfolge aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen

zu verzeichnen. Um einige zu nennen: In den Belastungsgebieten an Rhein und Ruhr hat sich die Konzentration von Schwefeldioxid in den letzten 20 Jahren um 60 % vermindert; im gleichen Zeitraum ging der Staubbiederschlag im Ruhrgebiet beispielsweise um 63 % zurück. Aufgrund des Emissionsminderungsplanes wird der Ausstoß von Schwefeldioxid im Jahre 1988 um zwei Drittel und im Jahre 1994 um vier Fünftel zurückgehen.

(Wendzinski (SPD): Das sind Erfolge!)

- Eben! - Die Stickstoffoxidbelastung geht 1988 um ein Drittel und bis 1990 um drei Viertel zurück.

Die Luftreinhaltepläne, meine Damen und Herren, werden fortgeschrieben; demnächst wird der Luftreinhalteplan Ruhrgebiet Mitte der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nun zur Personalausstattung! Eine effiziente, nachvollziehbare und auch kontrollierbare Umweltpolitik bedarf entsprechenden Personals, um diese Aufgaben leisten zu können. Dies gilt auch bei allen Restriktionen, die wir ansonsten im Rahmen der Personalpolitik praktizieren. Die SPD-Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich die Schaffung von 150 Stellen im Bereich des Umweltschutzes. Hiervon gehen 44 in den Bereich des Landesamtes für Wasser und Abfall und der Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft, 89 Stellen werden bei den Gewerbeaufsichtsämtern neu geschaffen, 7 bei den Staatlichen Veterinäruntersuchungsämtern und bei den Chemischen Untersuchungsämtern. 10 Stellen schließlich sollen die Zentralstelle für Sicherheitstechnik und Strahlenschutz verstärken.

(D)

Ich erkläre ausdrücklich, daß diese personelle Aufstockung immer noch nicht ausreichend ist. Sie ist dennoch im Rahmen des Möglichen eine wirksame Verbesserung. Allerdings müßten Sie, meine Damen und Herren der CDU, uns erklären, wie Sie in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" gegen das dringend erforderliche Personal haben stimmen können.

Hier kommt besonders deutlich die ganze Widersprüchlichkeit ihrer Umweltpolitik zum Ausdruck.

(Zuruf von der SPD: Wohl wahr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bilanz zeigt: Nordrhein-Westfalen ist auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Umweltpolitik auf dem richtigen Weg.

(Zustimmung bei der SPD)

(Strehl (SPD))

- (A) Im Gegensatz zum Bund, lieber Herr Stump, haben wir eben keine Vollzugsdefizite.

(Hegemann (CDU): Ha, ha!)

Helfen Sie bitte mit, daß diese Politik, die wir betreiben, auch ihre Auswirkungen auf die Bonner Umweltschutzpolitik hat. Sie würden damit dem Lande Nordrhein-Westfalen und dem Umweltschutz einen Dienst erweisen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Ruppert, ich erteile Ihnen für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Minister Matthiesen vor dem Umweltausschuß seine Einführungsrede zum Einzelplan 10 gehalten hat, ist er als erstes auf die schwierige Finanzlage des Landes eingegangen.

(Stump (CDU): Das macht er immer!  
- Neuhaus (CDU): Das hat er bei uns auch gemacht!)

Das ist logisch und symptomatisch; denn die Folgen der unverantwortlichen Verschuldungspolitik dieser Landesregierung werfen immer längere Schatten auf alle Einzelbereiche staatlichen Handelns.

(Zuruf des Abg. Hovest (SPD))

- (B) Spielraum ist nicht mehr vorhanden.

So sucht man denn auch vergeblich nach den angekündigten Prioritäten für die ökologische und ökonomische Erneuerung Nordrhein-Westfalens. Das Ziel ist ja richtig, und über den Weg könnten wir uns auch verständigen, Herr Minister Matthiesen; aber dieser Landesregierung fehlt die Kraft zum Laufen.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU  
- Elfring (CDU): Sie läuft rückwärts!)

Wann, Herr Minister Matthiesen, sagen Sie denn den Menschen im rheinischen Braunkohlenrevier endlich, woran sie sind?

(Dr. Kraft (SPD): Täglich!)

Jahrelang haben Sie diese Menschen und auch den Landtag immer wieder mit dem Hinweis auf die Leitentscheidung vertröstet, haben auch in diesem Jahr noch die Bekanntgabe der Leitentscheidung hinausgezögert, mit dem Hinweis auf noch ausstehende Untersuchungen, und nun präsentieren Sie diese so-

- nannte Leitentscheidung. Und was bringt sie? (C)  
- Viel Leid, aber wenig Entscheidung!

(Zustimmung bei der CDU)

Die endgültige Entscheidung soll jetzt erst nach der nächsten Landtagswahl verkündet werden. Ein Schuft, der Böses dabei denkt?

Im übrigen, Herr Minister Matthiesen, spielen Sie hier ja doch nur eine Nebenrolle in einem allerdings gut inszenierten Spiel.

(Wendzinski (SPD): Sie wollen doch gar keinen Braunkohlenabbau mehr! Sie wollen doch Kernenergie!)

Während Sie die Bedeutung und Notwendigkeit noch ausstehender ökologischer Untersuchungen betonen, hat doch die Mehrheitsfraktion, Herr Kollege Wendzinski, in der Sache längst entschieden: 120 Millionen Tonnen Jahresförderkapazität müssen sein. Punktum! Und der Wirtschaftsminister assistiert mit dem Hinweis auf die soziale und ökologische Beherrschbarkeit des Braunkohleprojekts Garzweiler II.

(Wessel (SPD): Sie haben doch gar nicht widersprochen!)

Wer Hals über Kopf aus der Kernenergie aussteigen will, dem bleibt in der Tat in dieser Frage überhaupt kein Spielraum für ökologische Prioritäten.

- (Hovest (SPD): Sie wollen doch in (D)  
Kalkar gerade einsteigen!)

Noch eine Bemerkung, Herr Kollege. Ich kann den von der SPD und der Landesregierung in diesem Zusammenhang immer wieder strapazierten Begriff der Sozialverträglichkeit einfach nicht mehr hören.

(Zurufe von der SPD)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. Es wird ja nur noch später. - Braunkohleabbau setzt immer die Umsiedlung ganzer Gemeinden voraus. Er zerschlägt immer gewachsene Sozialstrukturen. Daran kann auch keine noch so angemessene Entscheidung etwas ändern.

Ebenso verhält es sich mit der Natur. Man mag sie rekultivieren; wiederherstellen kann man sie nicht.

Deswegen bedürfen die ökonomischen und energiepolitischen Gesichtspunkte, die für Garzweiler II sprechen, einer besseren Begründung, als die Landesregierung sie bisher geliefert hat.

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) Die Landesregierung muß sich an den von ihr geforderten ökologischen Prioritäten auch dann messen lassen, wenn es um die Kohle geht.

(Zurufe von der SPD)

Herr Minister Matthiesen, Sie haben stolz für sich reklamiert, daß nordrhein-westfälische Betriebe von jeder im Bundesgebiet für Umweltschutz ausgegebenen Mark 44 Pfennig aufgebracht haben. Wo eigentlich liegt hier das Verdienst der Landesregierung? Diese Mittel haben die Betriebe aufgebracht, und dies nicht, weil wir eine so schöne Landesregierung oder einen so schönen Minister haben, sondern weil die Umweltprobleme eben in diesem Land konzentriert sind.

(Zuruf von der SPD)

Ich mache daraus der Landesregierung keinen Vorwurf. Aber sie sollte sich auch keine Federn an den Hut stecken, die ihr nicht gebühren.

Die Konzentration der Umweltprobleme wird bei den Themen Sonderabfall und Altlastensanierung besonders deutlich. Die Hälfte des Sonderabfalls kommt in Nordrhein-Westfalen auf, und hier findet sich auch die Hälfte der Altlasten.

Hier sind Prioritäten zu setzen. Hier kann ohne Vergangenheitsbewältigung auch die Zukunft nicht gewonnen werden.

(B)

Nun haben Sie, Herr Minister Matthiesen, ein Fabelwesen gezeugt, eine Art Kalb mit zwei Köpfen. Sonderabfallentsorgung und Altlastensanierung, zwei der schwierigsten Probleme überhaupt, sollen miteinander verbunden und mit einem Streich gelöst werden.

(Zuruf von der SPD: Eine sehr gute Idee!)

Doch bereits beim ersten richtigen Hinsehen fällt auf:

(Hovest (SPD): Daß die F.D.P. immer dagegen ist!)

- Ach nein. Sie werden ja sehen: Wir sind ja gar nicht gegen alles. Es ist ja nicht alles falsch, was der Minister macht, und auch nicht alles falsch, was er sagt. Da wissen wir durchaus zu unterscheiden.

(Zurufe von der SPD - Schultz-Tornau (F.D.P.): Sind nicht auch die SPD-Kommunalpolitiker landauf, landab gegen das, was der Minister sagt? - Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

- Also ich verstehe Sie sehr gut. Daß Sie sich mit der Sache nicht befaßt haben, hindert Sie gar nicht, Zwischenrufe zu machen. Das ist oft viel leichter. (C)

(Zurufe von der SPD: Kommen Sie mal nach Recklinghausen!)

Wenn Sie bei diesem wunderbaren Altlasten- und Sonderabfallverband einmal richtig hinsähen, würde Ihnen auffallen: Hier versucht das Land, sich vollständig aus der finanziellen Verantwortung zu stellen.

(Zurufe von der CDU: Ganz genau!)

Was in Ihrem Projekt, Herr Minister, Landeszuschuß heißt und zur Altlastensanierung verwendet werden soll, ist doch nichts anderes als das Aufgeld zur Sonderabfallentsorgung, das die privaten Entsorger als Lizenzgebühr aufgebracht haben. Das Land gibt nach diesem Modell überhaupt nichts mehr. Auch die Kommunen dürfen zwar im Verband mitstimmen, bleiben aber beitragsfrei.

Nun haben wir durchaus ein Herz für die Kommunen. Wir sagen auch nicht, das Land soll allein zahlen. Aber wir sagen ganz klar: Die öffentlichen Hände - das gilt für die Kommunen wie für das Land wie für den Bund - dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung herausstellen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D)

Was noch immer fehlt, auch nach Ihrem abfallpolitischen Doppelschlag, Herr Minister - wir werden nicht müde, das anzumahnen -, ist dies: Wo bleibt die staatliche Standortvorsorge für Sonderabfalldeponien und -beseitigungsanlagen?

Der Sonderabfallverband bringt uns der Lösung dieses - zugegeben - schwierigen Problems keinen einzigen Schritt näher.

(Wessel (SPD): Machen Sie mal mit!)

Herr Minister, ich begrüße - das kann man ja mal tun; das ist gar nicht so selten, daß ich etwas begrüßen kann, was Sie sagen; freilich nicht immer das, was Sie tun -, daß Sie drei Ansatzpunkte Ihrer Umweltpolitik hervorgehoben haben: klare Normen, die auch wir für notwendig halten; Anreize, die in einem marktwirtschaftlichen System sicher am besten geeignet sind, sinnvolles Handeln herbeizuführen; und Kooperation.

(Wessel (SPD): Haben wir doch schon alles gemacht!)

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) - Kollege Willi Wessel, ich komme doch gleich auf die Kooperation! Darüber haben wir uns doch in der letzten Ausschußsitzung lange unterhalten.

Kooperation ist doch schon deswegen sinnvoll, weil die administrative Kontrolle in vielen Bereichen viel zu teuer ist, viel zu kompliziert wäre und angesichts der langen finanzpolitischen Schatten auf diesem Haushalt auch gar nicht machbar ist.

Hier können freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie, kontrolliert nicht nur durch das staatliche Gewerbeaufsichtsamt, sondern auch mit Hilfe des TÜV oder öffentlich bestellter Ingenieure, helfen.

Leider stellt man immer wieder fest - jetzt komme ich auf diese letzte Sitzung des Umweltausschusses -, auf welche ideologischen Empfindlichkeiten man dabei bei Sozialdemokraten stößt. Zusammenarbeit und Kooperation wollen Sie nur dort zulassen, wo dadurch mehr für den Umweltschutz erreicht werden kann als durch bloßen Vollzug der Vorschriften.

Wäre es denn nicht sinnvoller, Zusammenarbeit und Kooperation schon dort anzustreben, wo dadurch für den Umweltschutz genausoviel erreicht werden kann wie durch Kontrolle und Vorschriften?

(Wessel (SPD): Das wird doch praktiziert!)

(B)

Ist nicht Freiwilligkeit im Zweifel immer besser als Zwang? Zwingen uns nicht unbezahlbare Personalhaushalte und immer deutlicher werdende Vollzugsdefizite dazu, Kooperationsmodelle anzustreben?

(Kupski (SPD): Was meinen Sie denn eigentlich damit?)

Tatsache ist, der öffentlichen Hand fehlt Geld für öffentliche Leistungen. Wäre es nicht an der Zeit, statt immer nur wieder gegen die notwendige Steuerreform zu wettern, sich Gedanken darüber zu machen, wie private Gelder für öffentliche Leistungen verfügbar gemacht werden können. Immer mehr Steuern sind der falsche Weg und immer mehr Schulden auch.

(Hovest (SPD): Mein Gott!)

Wir Liberalen denken in eine andere Richtung. Niedersachsen gibt ein Beispiel.

(Wessel (SPD): Ja, ein schlechtes!)

- Private Unternehmen finanzieren und betreiben Kläranlagen. Wäre das nicht auch ein Beispiel für Nordrhein-Westfalen? (C)

(Zurufe von der SPD: Buschhaus! Buschhaus! - Wendzinski (SPD): Und die Lieferungen aus Niedersachsen auf die Deponie Schönberg in der DDR!)

- Liebe Kollegen, der Kritik an Buschhaus schließe ich ja an; aber ich wäre froh, Sie würden genauso kritisch Ibbenbüren betrachten.

(Widerspruch bei der SPD - Stüber (SPD): Das ist ein Unterschied.)

Das Problem, das in Buschhaus nicht gelöst ist und in Ibbenbüren gelöst ist, das ist die Entschwefelung. Nur, die Entschwefelung ist in Ibbenbüren das kleine Problem, das große Problem ist die Entstickung, und das ist in Ibbenbüren noch nicht gelöst.

(Hegemann (CDU): Ganz genau! Das hat Herr Bäumer auch schon gesagt. - von Unger (CDU): Daran werden wir noch ersticken.)

Wäre das niedersächsische Beispiel nicht durchaus nachahmenswert für Nordrhein-Westfalen? Gäbe es nicht die Möglichkeit, im Umweltschutz neue Maßstäbe zu setzen durch Kooperation von Privaten und Staat?

Herr Minister Matthiesen, Leitlinie des politischen Handelns müßte es sein, intelligente, kooperative und effiziente Ansätze einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Bürger, gewerblicher Wirtschaft und Staat zu erreichen. Dazu allerdings liefert dieser Haushaltsentwurf keinen Beitrag. Das Fortschreiben alter Haushaltsansätze bringt keine Lösung für die Zukunft. (D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Herrn Matthiesen, das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist der vereinigten Opposition ja nicht verborgen geblieben, daß wir in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet des Umweltschutzes große Fortschritte haben,

(Zustimmung bei der SPD)



(Minister Matthiesen)

- (A) daß wir in Teilbereichen in der Bundesrepublik Deutschland eine absolute Spitzenstellung einnehmen

(Erneut Zustimmung bei der SPD)

und daß wir bezogen auf die wichtigen Zukunftsthemen in diesem Bereich entweder die entsprechenden Gesetze auf den Weg gebracht oder entsprechende organisatorisch-administrative Maßnahmen getroffen haben.

Natürlich - und dafür habe ich ein gewisses Verständnis - können Sie dies nicht alles loben. Natürlich müssen Sie auch in einer solchen Debatte, weil Sie nicht über Ihren eigenen Schatten springen können,

(Beifall bei der SPD)

nörgelnde kleinkarierte Kritik anbringen. Aber wenn Sie das schon tun, dann, bitte sehr, meine Damen und Herren von der Opposition, mit sachlichen Fakten und nicht mit Halbwahrheiten und Unterstellungen.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - von Unger (CDU): Packen Sie sich an Ihre eigene Nase!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Stump?

(Minister Matthiesen: Mit dem größten Vergnügen!)

(B)

- Bitte schön!

Stump CDU: Herr Minister, können Sie uns eine Antwort geben auf die großen Fragen bei den Altlasten im Kanalbereich, wobei Sie hier ein Thema haben, bei dem Sie bisher Sprachlosigkeit aufweisen?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Sie könnten mir noch drei Minuten gönnen, damit ich nach den beiden Einleitungssätzen zur Sache kommen kann, dann werde ich Ihnen schon Antworten geben.

Aber meine Antwort besteht natürlich auch darin, daß ich Ihnen - obwohl Sie es ja wissen - zum wiederholten Male ein paar Stichworte für nicht zu leugnende Erfolge zur Kenntnis gebe.

(Hegemann (CDU): Erstens?)

Erstes Stichwort ist für mich die Luftreinhaltepolitik.

(Stump (CDU): Großfeuerungsanlagen-Verordnung des Bundes!)

- Entschuldigung, ist die Luftreinhaltepolitik! (C)  
- Es ist schon zu Recht darauf hingewiesen worden, daß wir in den letzten zehn Jahren nicht nur beim Schwefeldioxid, sondern auch beim Schwebstaub und beim Staub enorme Erfolge haben. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß die Umrüstungsaktion unserer Kohlekraftwerke zu einer wesentlichen - fast hätte ich gesagt: vor zehn Jahren noch für dramatisch gehaltenen - Rückentwicklung der Schwefeldioxid- und der Stickoxidbelastung in Nordrhein-Westfalen führen wird.

(Hegemann (CDU): Bis Zimmermann kam!)

Sie wissen, daß durch die Umrüstung der industriellen Altanlagen in einer Größenordnung von fast 5 000 Betrieben in den nächsten acht Jahren nicht nur erneut ein gewaltiges Investitionsvolumen bewegt wird, sondern wir im Sinne einer zweiten Phase der Luftreinhaltepolitik in Nordrhein-Westfalen noch einmal einen Schub nach vorn machen.

(Stump (CDU): Richtig!)

Und dies, meine Damen und Herren, ist - ich will das an dieser Stelle auch noch einmal sagen - eine auf der Welt in dieser Form bisher nicht dagewesene ökologische und ökonomische Umrüstungsleistung ohne Beispiel.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - Hegemann (CDU): Durch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung!) (D)

Natürlich ist das erkaufte worden mit höheren Strompreisen. Umweltpolitik, Umweltschutz kostet Geld. Ich werde Ihnen das auch an anderer Stelle noch einmal sagen. Natürlich darf man diesen Kostenfaktor für unsere Wirtschaft insgesamt nicht bagatellisieren, nicht vernachlässigen, nicht verleugnen. Auf der anderen Seite ist ebenso klar, daß durch diese ökologischen Umrüstungsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen und für Teile des Anlagenbaus nicht nur eine neue Auftragschance, sondern auch eine neue entwicklungs- und industriepolitische Chance eröffnet worden ist. Insofern wird hier deutlich, was Sie früher noch belächelt haben

(Hegemann (CDU): Das ist doch gar nicht wahr! Wo denn?)

- warten Sie doch, bis ich Ihnen das sage -, wie sinnvoll die programmatische Konzeption der Sozialdemokraten ist, die da lautet: "Arbeit und Umwelt" oder "Umwelt und Arbeit".

(Beifall bei der SPD)

(Minister Matthiesen)

- (A) Wir verfügen in Nordrhein-Westfalen, wie Sie wissen, Herr Vorsitzender - darf ich Sie einmal so ansprechen? - ,

(Hegemann (CDU): Ja!)

über das mittlerweile in Europa modernste Luftüberwachungssystem, daß Sie sich neulich anschauen konnten und, wenn ich das hier im Parlament verraten darf, doch ganz begeistert darüber erzählt haben, daß es Sie beeindruckt hat,

(Lachen bei der SPD)

mit 65 vollautomatischen Überwachungsstationen, zu dem heute die Pilger aus Europa nach Düsseldorf kommen, um es sich anzuschauen. Dieses Zentrum werden wir in den nächsten Monaten zu einem integrierten Störfallzentrum einschließlich der automatisierten Überwachung unserer Fließgewässer ausbauen.

(Hegemann (CDU): Machen Sie die Gewässer sauber, dann brauchen Sie keine Überwachung.)

Da müssen Sie noch weiter als nur in Europa herumsuchen, um ähnliches zu finden.

Damit bin ich beim zweiten Stichwort. Es ist richtig, daß wir ungeheure Fortschritte in Gewässerreinigung machen. Ich leugne nicht, daß es auch noch Belastungen gibt; ich leugne auch nicht, daß es neue Belastungen gibt, die uns Sorge machen müssen. Ich erinnere an chlorierte Kohlenwasserstoffe oder an Rückstände von Pflanzenschutzmitteln. Dies gilt übrigens nicht nur für Fließgewässer, sondern dies gilt auch für das Grundwasservorkommen als eines unserer Trinkwasserreservoirs.

(B)

(Stump (CDU): Dann sind wir einer Meinung!)

Aber wir müssen anerkennen, daß wir in Nordrhein-Westfalen noch vor zehn Jahren eine Anschlußquote von 56 % unserer Bürger an Kläranlagen hatten. Heute liegen wir mit einer Anschlußquote von über 90°

(Hegemann (CDU): 90 %! 90°, das ist der rechte Winkel.)

- 90 %; ich habe es ja Gott sei Dank noch rechtzeitig gemerkt - an der Spitze aller Flächenländer. Das ist der wesentliche Grund, warum wir heute mit Stolz sagen können, daß von den 70 000 Fließkilometern unserer Gewässer über 95 % der vor fünf Jahren noch

nicht für möglich gehaltenen Gewässergüteklasse II angehören. Das macht uns stolz.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Und nun zu Ihrem Vorwurf, das Land hätte nichts getan. Das hat insgesamt 12 Milliarden DM an öffentlichen Investitionen erfordert, und zu diesen 12 Milliarden DM hat das Land innerhalb der letzten zehn Jahre 3,6 Milliarden DM beigetragen. Wenn Sie heute fragen: "Wo ist der Ansatz im Haushalt 1988 gegenüber 1987?" und dann Äpfel mit Birnen vergleichen, nämlich die Mittel aus der Abwasserabgabe mit einrechnen, und dann feststellen, in 1988 hätten wir weniger, dann muß ich, wenn Sie es nicht so verstehen wollen, Sie wenigstens dahin gehend belehren dürfen, daß das Prinzip der Abwasserabgabe, das umweltpolitische Steuerungsprinzip, darin besteht, daß die Abgabe steuerungsmäßig ihren Effekt dann vollständig erreicht hat, wenn das Aufkommen gleich null ist. Daß wir heute einen so starken Rückgang bei den Einnahmen der Abwasserabgabe haben, mag zwar der Finanzminister beklagen, der Umweltminister beklagt es nicht, weil es ein Indiz für Erfolge der Gewässerreinigungspolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

Es ist im übrigen auch ein Beleg dafür, daß heute - das muß man auch einmal lobend über das Verhalten der Industrie und der Wirtschaft sagen dürfen - alle industriellen Großeinheiten in Nordrhein-Westfalen über Großkläranlagen verfügen. Die Wirtschaft hat maßgeblich zum Erfolg in dieser Gewässerpolitik beigetragen.

(D)

(Hegemann (CDU): Das hätten Sie vor einem Jahr nach Sandoz auch einmal sagen sollen!)

- Das es Sie immer besonders ideologisch irritiert, wenn ein Sozialdemokrat deutlich Dank sagt an die Wirtschaft, verstehe ich wohl,

(Schumacher (Kall)(CDU): Das ist zu selten!)

aber das wird nichts daran ändern, daß die Sache stimmt.

Drittes Stichwort: Sonderabfall/Altlasten. Sie können, verehrter Herr Kollege Ruppert, an diesem Modell herumkritteln - -

(Ruppert (F.D.P.): Das machen wir doch gar nicht!)

(Minister Matthiesen)

- (A) - Verzeihung, Herr Kollege, ich kenne doch Ihre Briefe, die Sie, mit einem Fragenkatalog versehen, an Industrieunternehmen und -verbände geschickt haben.

(Stump (CDU): Wo ist denn das Briefgeheimnis?)

- Das Vertrauensverhältnis zwischen der Industrie und der Landesregierung ist ja so eng, daß wir sofort in den Besitz solcher Briefe kommen.

(Zustimmung bei der SPD)

und zwar mit dem Hinweis, man müsse die Aktivitäten der F.D.P. doch sorgfältig verfolgen; sie seien nicht zum Nutzen der Industrie, denn die Industrie unterstütze im Grundsatz das Modell Nordrhein-Westfalen zur Altlastensanierung und zur Sonderabfallentsorgung.

(Zurufe von der CDU: Im Grundsatz, ja!  
- Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

Es ist ein - bundesweit unbestritten - nicht nur intelligentes Modell, sondern es ist auch umweltpolitisch ein vernünftiges Steuerungsmodell, und es ist ein marktwirtschaftlich orientiertes Modell. Und die Verteuerung des Sondermülls - das müßten Sie als F.D.P. ordnungspolitisch zumindest anerkennen wollen - in bestimmtem Ausmaß ohne Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Wirtschaft insgesamt führt marktwirtschaftlich gesehen zu einem erwünschten Effekt, nämlich durch Vermeidungstechnologie die Müllmenge am Entstehungsort zu reduzieren.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich mit mir schon auseinandersetzen, dann bitte nicht mit verqueren ordnungspolitischen Vorstellungen oder, anders formuliert: Dann müssen Sie sich an Ihren eigenen ordnungspolitischen Botschaften, die Sie auf Parteitag immer wieder aussprechen, auch messen lassen.

Was die Entsorgung des Sondermülls anbetrifft, so sehe ich heute sehr viel hoffnungsfroher in die Zukunft, als ich das noch vor eineinhalb Jahren bereit war zu tun. Wir haben heute in vielen Orten Dank der Mithilfe auch vieler Kollegen dieses Hauses - das gilt für alle Beteiligten - eine zunehmende kommunalpolitische Akzeptanz für die notwendige Entsorgung der Industriegesellschaft. Es gibt eine sich verbreiternde Bewegung, die heute immer mehr bereit ist anzuerkennen, daß nicht nur Versorgung der Industriegesell-

schaft notwendig ist, sondern für das Überleben der Industriegesellschaft die Entsorgung die Hauptaufgabe der nächsten Jahre darstellt. Dafür bin ich dankbar. Daß es immer noch Akzeptanzprobleme gibt, das verstehe ich wohl, aber letztlich lassen sie sich gänzlich auch gar nicht vermeiden.

(C)

Wir haben heute im Lande bei den Regierungspräsidenten eine Vielzahl von Plangenehmigungsverfahren und eingeleiteten Planfeststellungsverfahren, und ich bin hoffnungsfroh zu sagen: Wenn wir so konsequent wie bisher weitermachen, dann werden wir 1995 die modernste Entsorgungsstruktur Europas haben. Dies wird einer der Faktoren für die Standortattraktivität auch großer Teile unseres Landes in der Zukunft sein.

Daß Sie nun, verehrter Herr Kollege Stump, mich auch noch kritisieren, daß ich den Gemeinden die Zuschüsse für Müllentsorgungsanlagen entziehe, verstehe ich nun ordnungspolitisch aus Ihrer Sicht wieder überhaupt nicht. Sie wissen, daß die Gemeinden für die Erfüllung dieser Aufgaben im Hausmüllbereich zuständig sind. Und Sie wissen, daß die Förderpraxis - das sehe ich durchaus selbstkritisch - in den letzten Jahren auch dazu geführt hat, daß der Müllentsorgungspreis für den Bürger durch Landeszuschüsse künstlich heruntersubventioniert wurde und dabei nicht immer die beste Technologie zur Anwendung kam, sondern häufig Mülldeponien gefördert werden, obwohl es bereits seit vielen Jahren umweltverträglichere Entsorgungstechnologien für den Hausmüll gibt.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich ordnungspolitisch: Die Gemeinden sollen das betreiben, und die entstehenden Kosten sollen sie in Form ehrlicher Kosten auf die Bürger umlegen. Weil der Umweltminister dieses Landes hinzufügt, "Umweltschutz zum Nulltarif gibt es nicht, Umweltschutz kostet Geld", müssen wir auch in der Entsorgung zu realistischen Preisen für die Bürger kommen, zumal auch dort dann der Anreiz erhöht wird, einmal kritischer nachzudenken, was ich eigentlich alles konsumiere und was ich alles anschließend in die Mülltonne werfe. Derselbe Mechanismus, der für die Wirtschaft gilt, muß in begrenztem Umfang auch für den Bürger gelten dürfen.

(Stump (CDU): Dann stellen Sie alle Zuweisungen ein!)

- Ich begegne Ihnen nur mit ordnungspolitischen Argumenten, die Sie wechseln müssen.

(Minister Matthiesen)

- (A) Ich will ein Letztes sagen: Ich habe zu Beginn deutlich gemacht, daß viele umweltpolitische Aktivitäten nicht nur ökologisch wichtig, sondern ökonomisch für unser Land von großer Bedeutung sind. Ich will mich mit Ihnen nicht in Zahlenspielerien einlassen. Ich will statt dessen nur noch einmal deutlich machen, daß wir im Bereich der Umwelttechnologie und Umweltindustrientwicklung in Nordrhein-Westfalen bundesweit an der Spitze liegen. Wir haben mittlerweile über 600 Firmen im Lande - das ist noch niedrig geschätzt - mit steigenden Umsatzzahlen, mit steigenden Beschäftigtenzahlen. Es ist faszinierend für mich zu sehen, wie positiv zum Beispiel das Handwerk die Herausforderung des Umweltschutzes annimmt, nicht als Belastung, sondern als Chance. Es ist für mich ebenfalls faszinierend zu sehen, wie sich fast täglich kleine und mittlere Firmen gründen, vor allem im Ruhrgebiet, die sich an dieser Zukunftsaufgabe beteiligen wollen und die sich eine Scheibe von dem sich immer mehr vergrößernden Zukunftsmarkt abschneiden wollen.

Wenn Sie meinen eigenen Zahlen schon nicht glauben wollen, empfehle ich Ihnen dringend, ebenso Herrn Ruppert, das Lesen der Fibel "Umweltschutz aktuell" der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. Die schreibt in ihrem Vorwort folgendes:

- (B) Die positiven Signale auf dem Markt für Umweltprodukte und Umweltdienstleistungen zeigen eine eindrucksvolle Entwicklung. So hat sich zunehmend in dieser Wirtschaftsregion eine leistungsstarke Umweltbranche entwickelt. Das umfangreiche Angebotspektrum von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen im Umweltmarkt reicht von der Beratung, der Entsorgung und des Recyclings, der Herstellung von Umweltschutzprodukten bis hin zu der markt- und anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung.

Jetzt kommt ein wichtiger Satz:

Dieses bestehende Umweltpotential des Kammerbezirks war offensichtlich, aber noch nicht überall offenkundig.

Das gilt sicherlich auch für den einen oder anderen in unserem Hause.

Mehr und vor allem gezielte Information

- so schreibt die Industrie- und Handelskammer -

ist deshalb geboten.

Zwei Seiten später schreibt sie:

(Hegemann (CDU): Was haben Sie damit zu tun?)

Die im Umwelthandbuch dargestellten,

- jetzt höre man; das sollte uns freuen, meine Damen und Herren -

allein im Kammerbezirk Dortmund 220, überwiegend mittelständische Unternehmen machen deutlich, daß diese Region über ein qualitativ hochwertiges Umweltpotential in den Bereichen Produkte und Verfahren, Entsorgung, Recycling sowie umfassende Beratung, angewandte Forschung und Entwicklung verfügt.

(Stump (CDU): Das freut uns doch alle!)

- Dann zeigen Sie doch einmal die Freude und nörgeln Sie nicht immer kleinkariert herum!

(Beifall bei der SPD - Stump (CDU): Das habe ich doch gesagt!)

- Nein, verehrter Herr Kollege Stump, hier wird durch das Zitat zweierlei deutlich: erstens, daß es Kräfte außerhalb des Parlamentes gibt, die man gemeinhin nicht vereinfacht meiner Partei zurechnen kann, die aber im Sinne von Objektivität die tatsächliche Entwicklung des Landes nicht nur würdigen, sondern auch darstellen, was wir sehr begrüßen. Zweitens zeigt dieses Beispiel, daß unser Ministerpräsident mit der Vorgabe, ökologische und ökonomische Erneuerung für unser Land als Konzept und mit der Verbindung beider Elemente zueinander einen der notwendigen und richtigen Zukunftspfade für Nordrhein-Westfalen nicht nur geschrieben, sondern auch politisch vorgegeben hat. Dies füllt die Landesregierung, wie Sie wissen, mit Erfolg aus. Daran lassen wir uns auch nicht hindern, auch nicht durch Ihre kleinkarierte Kritik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Neuhaus von der Fraktion der CDU das Wort.

Neuhaus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, die CDU-Fraktion begrüßt und unterstützt alle Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt. Das möchte ich zunächst einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Neuhaus (CDU))

- (A) Wir lassen uns auch trotz Ihrer Wortgewaltigkeit davon nichts wegnehmen.

(Stump (CDU): Das braucht er!)

Aber Sie, Herr Minister, sollten doch eingestehen, daß die Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen im Umweltschutz eine bevorzugte Stellung in der Bundesrepublik hat, nur möglich geworden ist, weil die neue Bundesregierung seit 1982 gehandelt hat.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die TA Luft, die Einführung des bleifreien Benzins, das Wasserhaushaltsgesetz und die Bodenschutzkonzeption sprechen dafür.

(Beifall bei der CDU - Stump (CDU): Weiter, weiter!)

Herr Minister, ich würde, wenn Sie die Entschwefelung der Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen ansprechen, etwa vorsichtiger sein und sich einmal die Bundesratsprotokolle ansehen, auch hinsichtlich dessen, was der Ministerpräsident seinerzeit gesagt hat. Er hat gewisse Bedenken gegen die Herabsetzung der Grenzwerte bei SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> geäußert. Das sind die Tatsachen, das sollten Sie einmal nachlesen.

(Zuruf von der CDU: Ganz genau!)

- (B) Nun zum Kollegen Strehl! Er hat hier ein Zahlenspiel vorgetragen. Daraus einen Anspruch auf eine ökologische und ökonomische Erneuerung dieses Landes abzuleiten, wie auch der Minister es gerade wieder getan hat, ist nach unserer Auffassung eine Fiktion.

Jetzt will ich Ihnen noch ein paar Zahlen des Einzelplans 10 vortragen. Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 10 ist von Jahr zu Jahr schmaler geworden. In diesem Jahr minus 112 Millionen DM, das sind 6,8 %!

(Hentschel (SPD): Brüssel!)

In den Bereichen Agrar- und Forstwirtschaft, Natur- und Landschaftspflege ist ein Rückgang von 9,6 % zu verzeichnen. Wo ist denn da die ökologische und ökonomische Erneuerung? Weil Sie Bonn anführen, lassen Sie mich hier sagen: Der Etat des Bundesministers für Landwirtschaft ist im gleichen Zeitraum um 6,8 % = 540 Millionen DM angestiegen. Daran nehmen Sie sich einmal ein Beispiel!

(Zurufe von der CDU: So ist es!  
- Wendzinski (SPD): Das waren die unnötigen Agrarzahlungen!)

Anstatt auf die positive Entwicklung hinzuweisen, Herr Minister, haben Sie nichts anderes zu tun, als die Bundesregierung zu kritisieren. (C)

(Stump (CDU): Kleinkariert vor allen Dingen!)

Lassen Sie mich das an einem weiteren Beispiel klarmachen: Im Kapitel 10 030 sind allein 191 Millionen DM Bundesmittel ausgewiesen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. In dem Bereich der Gemeinschaftsaufgabe stellt der Bund 199,4 Millionen DM zur Verfügung, während das Land 132,9 Millionen DM im Rahmen seiner Verpflichtung bereitstellt.

Meine Damen und Herren! Ist das denn nichts? Das ist eine lobenswerte Politik der Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Die Bundesregierung handelt, während diese Landesregierung und der zuständige Minister nur kritisieren.

Norbert Blüm hat am Wochenende gesagt: "Die SPD-Landesregierung verkauft Sprüche statt Taten." Das sind Tatsachen!

(Beifall bei der CDU - Wendzinski (SPD): Die Bauern unterstützen aber Matthiesen!)

Lassen Sie mich ein Weiteres sagen: Eine eigene Agrarpolitik in diesem Lande ist überhaupt nicht festzustellen, sondern nur ständige Vorwürfe gegen die Bundesregierung. Sie vergessen dabei, die Strukturprobleme in unserer Landwirtschaft sind Altlasten, und zwar Altlasten der Regierungen Brandt und Schmidt, die Helmut Kohl übernehmen mußte. (D)

(Zurufe von der CDU: Jawohl! - Lachen bei der SPD)

Die von der SPD geführte alte Bundesregierung hat gegen die heraufziehenden Probleme in der deutschen Landwirtschaft überhaupt nichts getan. Wenn Sie das einmal nachlesen wollen: In der Ausgabe der "Landwarenkaufleute" vom Dezember dieses Jahres finden Sie, was Minister Matthiesen selber dazu gesagt hat.

Lassen Sie mich einen weiteren Bereich ansprechen: Aufgrund der derzeitigen Situation in der Landwirtschaft ist es notwendig, für die Zukunftssicherung des Landes etwas zu tun. Alternativen von Anbaumöglichkeiten

(Neuhaus (CDU))

- (A) sind zu überprüfen, sie sind zu suchen. Dadurch könnte den Landwirten die Möglichkeit eröffnet werden, ganz oder teilweise ihre Flächen umzuwidmen und nachwachsende Rohstoffe anzubauen. Die CDU-Fraktion dieses Hauses hat in der Vergangenheit schon des öfteren die Landesregierung zum Handeln aufgefordert.

(Jacobs (CDU): Totale Fehlanzeige!)

Wie in allen anderen Bereichen blieb diese Landesregierung untätig.

In diesem Haushalt können wir feststellen - wir begrüßen das -, daß erstmalig ein Ansatz zum Anbau von Flachs vorgesehen ist. Wir begrüßen das, hatten aber zusätzlich im Ausschuß beantragt, weitere alternative Anbaumöglichkeiten, zum Beispiel die Förderung des Anbaus schnell wachsender Hölzer aufzunehmen. Dieser Antrag ist ohne sachliche Begründung von der SPD-Fraktion abgelehnt worden. Dabei sind wir uns bewußt, daß dies keine kurzfristigen Lösungen sind. Allerdings ist es nach unserer Auffassung unabdingbar, daß mittel- und langfristig im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe etwas getan werden muß, um hier einen Beitrag - ich sage nicht: den Beitrag - für die Zukunft der Landwirtschaft zu leisten.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Hier hat die Landesregierung, wie in anderen Bereichen, ebenfalls nichts unternommen. Andere Bundesländer sind hier Vorreiter. Ich verweise hier insbesondere auf Hessen und auf Niedersachsen.

Lassen Sie mich ein weiteres Problem ansprechen: Als industriell geprägtes Bundesland muß die Landesregierung Entscheidendes für den ländlichen Raum unternehmen. Diese Anforderung wurde zwar vom Minister in seiner Einführungsrede herausgehoben, aber neben Ankündigungen unter Vorlage eines dürftigen Berichtes zur Entwicklung ländlicher Regionen ist einfach nicht viel geschehen.

Nach unserer Auffassung müssen hierfür die Rahmenbedingungen dringend geschaffen werden, zum Beispiel durch unsere Gesetzesanträge zur Strukturpolitik für den ländlichen Raum, für das Landeswassergesetz und das Landschaftsgesetz. Wegen der in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Strukturprobleme des ländlichen Raums müssen verstärkt Aktivitäten vorgenommen werden, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren! Aus Zeitgründen kann ich nicht weitere Ausführungen machen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Aber bereits diese Beispiele zeigen die Doppelzüngigkeit der SPD-Politik.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Die Krone dessen ist das, was der Ministerpräsident am 2. Dezember vor der Belegschaft der Krupp-Hüttenwerke in Rheinhausen gesagt hat - Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis darf ich noch einmal zitieren -:

Wir wollen keine Europapolitik, bei der Milliarden an die Großbauern gegeben werden,

(Hunger (SPD): So ist es.)

und die Zeche wird bezahlt von den Stahlarbeitern in Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD - Zurufe)

Durch derartige Formulierungen widerspricht sich der Ministerpräsident selbst, der in seiner eigenen Regierungserklärung gesagt hat: "Spalten statt versöhnen"

(Lachen und Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Nein, "Versöhnen statt Spalten". (D)

(Heiterkeit - Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, für mich ist das nicht zum Lachen, daß man Berufsgruppen, die schwerwiegende Probleme haben, gegeneinander hetzt. Anders kann ich das nicht sehen.

(Zurufe von der CDU: Pfui!)

Demgegenüber hat unser Landesvorsitzender Norbert Blüm gesagt,

(Zurufe von der SPD: Wer ist das?)

daß es drei gleich gewichtige Probleme in unserem Land gibt, die zu lösen sind: Kohle, Stahl und Landwirtschaft, die gleichrangig zu behandeln sind. Herr Minister, ich hätte gern einmal von Ihnen gehört, wie Sie zu den Aussagen des Ministerpräsidenten stehen.

Abschließend möchte ich feststellen, daß wir den von der SPD-Fraktion im Ausschuß

(Neuhaus (CDU))

- (A) gestellten Änderungsanträgen insbesondere auch deshalb nicht zustimmen konnten, weil die angebotenen Deckungsvorschläge für uns nicht akzeptabel waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion kann dem Bereich Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz im Einzelplan 10 nicht zustimmen, da das von der Landesregierung selbst gesteckte Ziel, Prioritäten für die Zukunftssicherung des Landes zu setzen, nicht erfüllt ist. Wir lehnen diesen Haushalt ab.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Sieg für die Fraktion der SPD.

Sieg \*) (SPD): Herr Kollege Neuhaus, bei Ihren lichtvollen Ausführungen über die Leistungen der Bundesregierung

(Beifall bei der CDU)

- klatschen Sie mal nicht zu früh - sind mir die Tränen gekommen. Ich will nicht sagen warum. Ich halte es für sehr unfair, wenn Sie hier Angriffe auf den Regierungschef dieses Landes mit der Begründung fahren, dieser ginge hin und versuchte, einen Berufsstand gegen den anderen zu hetzen. Das ist nicht wahr. Ich stelle das hier ganz eindeutig fest, und ich glaube, wenn der Ministerpräsident dort anstelle von Großbauern gesagt hätte, steuerliche Vergünstigung für Großkapitalisten, und dafür soll der Malocher nicht zahlen, hätten Sie das wahrscheinlich auch mit unterschrieben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Sieg, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dautzenberg?

Sieg (SPD): Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu, sondern nur wenn es sich um landwirtschaftliche Dinge dreht.

Ich möchte nochmals auf die Behauptung meines verehrten Herrn Vorredners hinweisen, welche Erfolge die F.D.P.- und unionsgeführte Bundesregierung seit 1982 zu verzeichnen hat. Herr Neuhaus, wollen Sie denn bestreiten, daß die Landwirte seit dieser Zeit immer ärmer geworden sind, daß die Einkommen zurückgegangen sind und daß eine Politik für den Steuerzahler betrieben worden ist, die es ihm unmöglich macht, diese Überschüsse überhaupt noch zu finanzieren, und daß die europäische Kasse fast vor der Pleite steht? Das hat doch wohl nicht die

Landesregierung, sondern die von Ihnen geführte Bundesregierung zu vertreten. (C)

(Jacobs (CDU): Der Verbraucher hat noch nie so billig gegessen wie heute!)

Meine Damen und Herren, aufgrund der sich hier deutlich abzeichnenden Politik des subventionierten Irrsinns hat die sozialdemokratische Partei ihre Reformvorstellungen für eine verträglichere und bessere Landwirtschaft entwickelt. Sie laufen im Kern auf eine marktgerechtere Preispolitik im Rahmen der EC

(Zurufe von der CDU)

- ich weiß, worauf Sie hinauswollen, ich habe gesagt: marktgerechtere, nicht marktgerichte, das hat sich damit wohl erledigt -, auf direkte Einkommensübertragungen, die Sicherung gesunder Ernährung, Hilfe für benachteiligte Gebiete sowie Betonung der Bereiche Naturschutz und Umwelt hinaus.

Von diesen Grundsätzen - das lassen Sie mich hier einmal ausdrücklich vor diesem Hause feststellen - hat sich unsere Landesregierung in den vergangenen Jahren bei ihrem politischen Handeln leiten lassen, und nach diesen Grundsätzen hat sie auch den Etat 1988 aufgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Das Programm für eine umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft sowie die Sonderprogramme des Naturschutzes zeigen das ganz deutlich. 1988 soll das Rahmenprogramm für eine umweltverträgliche Landwirtschaft noch durch ein Paket über grundwassergerechte Bodenbewirtschaftung ausgebaut werden, und ich darf hier hinzufügen: Die haushaltsrechtliche und die haushaltsfinanzmäßige Absicherung dieser Maßnahmen ist gegeben. (D)

Die Landesregierung hat wesentliche Initiativen zur Reform der Agrarpolitik ergriffen, und hier sei erwähnt, 1. eine bundesweit einheitliche rechtlich klare Regelung bei der Anwendung wassergefährdender Pflanzenschutzmittel, 2. hat sie die Forderung an die Bundesregierung gerichtet, Bestandsobergrenzen für die Nutztierhaltung festzusetzen, 3. die Einführung des vorzeitigen Ruhestandes für Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmer ab vollendetem 55. Lebensjahr, um freierwerdende landwirtschaftliche Nutzflächen auch dem Aufbau neuer Existenzgrundlagen zuzuführen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(Sieg (SPD))

- (A) Ich muß hier feststellen, daß diese Initiativen, die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung ergriffen worden sind, nicht von uns, sondern von der CDU und F.D.P. blockiert wurden.

(Beifall bei der SPD)

In Nordrhein-Westfalen wurden dagegen landeseigene Maßnahmen eingeleitet oder entsprechende EG-Maßnahmen umgesetzt, die auf den Erhalt und Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe zielten, unter anderem erstens Kontrolle des Bodenmarkts durch das neue Landpachtverkehrsgesetz zugunsten flächenarmer kleiner und mittlerer Betriebe.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, ich wende mich jetzt ausdrücklich an die Kollegen der SPD-Fraktion; die CDU-Fraktion ist zur Zeit nur sehr maßvoll beteiligt: Meine Herrschaften, ich bitte wirklich, im Augenblick die Zwiegespräche auf das notwendigste Maß zurückzuführen.

Herr Kollege Sieg, bitte!

Sieg<sup>\*)</sup> (SPD): Zweitens nenne ich das erweiterte Junglandwirteprogramm, um Hofnachfolgern den Start bei der Übernahme des landwirtschaftlichen Betriebes zu erleichtern, und drittens die Anhebung der Ausgleichszulage und die Gewährung für bestimmte Ackerflächen; außerdem sollen die benachteiligten Gebiete um rund 43 000 Hektar erweitert werden.

Weitere haushaltspolitische Förderungsschwerpunkte liegen bei der Forstwirtschaft, dem Naturschutz und der Landschaftspflege. Sie sind zusammen mit der Landwirtschaft und der Wasserwirtschaft Teile einer Gesamtpolitik von Sozialdemokraten und Landesregierung für den ländlichen Raum.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen verweisen insbesondere mit Stolz auf unsere Anfrage zur Entwicklung ländlicher Regionen im Rahmen der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum. Ziel und Aufgabe dieser unserer Politik sind neben der Schaffung und Erhaltung gleicher Lebensbedingungen die Sicherung naturnaher Landschaftsstrukturen und die Erhaltung von historisch gewachsenen bäuerlichen Kulturlandschaften.

Höchste Zuwachsraten in den Haushalten seit 1975 hatte die Forstwirtschaft. Priorität haben Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Waldsterben. Erwähnen möchte ich hier besonders die

Aufforstung mit Laubholz auf 931 von insgesamt 1 026 Hektar geförderter Fläche in 1986.

(C)

Auch die Dorferneuerung, meine Damen und Herren, ist eine wichtige Aufgabe bei der Erhaltung und Entwicklung ländlicher Räume. Das war in den letzten Jahren so und wird auch 1988 so bleiben.

Vorbildlich ist die nordrhein-westfälische Naturschutzpolitik. Das Besondere daran ist der Ausgleich der Bedürfnisse des Arten- und Bodenschutzes mit den Interessen der Landwirte. Feuchtwiesenschutzprogramm und Mittelgebirgsprogramm sind Beispiele dafür, daß mit Hilfe einer modernen Naturschutzpolitik die Überschußproduktion durch Extensivierung und mehr ökologische Dienstleistung der Landwirte bei gleichzeitiger Existenzsicherung der bäuerlichen Landwirtschaft abgebaut werden kann.

Beide Sonderprogramme finden inzwischen bundesweit Beachtung und Zustimmung. In Baden-Württemberg wird das nordrhein-westfälische Prinzip des Feuchtwiesenschutzes übernommen. Bayern übernimmt das Programm zum Schutz der Ackerwildkräuter. Das Extensivierungsprogramm von Bundesumweltminister Töpfer lehnt sich in den Grundsätzen an unser Mittelgebirgsprogramm an. - Ich glaube, daß das eine Erfolgsbilanz der Landesregierung und der sie tragenden Fraktion ist.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Naturschutz, meine Damen und Herren, hat auch in den Verdichtungsgebieten große Bedeutung, um die Umweltqualität zu verbessern und die Menschen an die Natur heranzuführen. Für das Naturschutzprogramm Ruhrgebiet stehen bis 1990 rund 30 Millionen DM zur Verfügung. Der Zuspruch zu diesem Programm in den Städten und Gemeinden des Reviers ist beachtlich.

Weiter wurde die Errichtung von Schulgärten in die Förderung aufgenommen. Wegen der enormen Nachfrage mußte der Ansatz in diesem Jahr auf 1 Million DM verdoppelt werden, und zwar auf Antrag der Sozialdemokraten.

Sozialdemokraten sind im Naturschutz und in der Landschaftspflege ehrgeizig.

(Zustimmung bei der SPD)

Seit zwei Jahren werden hierfür im Landeshaushalt pro Jahr insgesamt 80 Millionen DM veranschlagt. 1986 waren das 40 % der Ausgaben, die alle Bundesländer zusammen zu-



(Sieg (SPD))

- (A) gunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege getätigt haben.

(Neuhaus (CDU): Das stimmt überhaupt nicht!)

Ab 1985 liegt ein Schwerpunkt der Naturschutzförderung in der Aufstellung und Durchführung von Landschaftsplänen. Seitdem hat sich bis 1988 mit knapp 10 Millionen DM die Förderung fast verdoppelt. Damit wird noch in dieser Wahlperiode ein Durchbruch bei der Landschaftsplanung erzielt.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Tage wurde im Rheinland der hundertste landwirtschaftliche Fachbeitrag fertiggestellt. Damit dürften in diesem Gebiet zwei Drittel der Landschaftsbedarfsfläche erfaßt sein.

Nordrhein-Westfalen hat als industrielles Ballungsgebiet Probleme mit dem Artenschutz; das zeigen die "Roten Listen". Die Gefährdung der wildlebenden Pflanzen- und Tierarten ist seit 1979 insgesamt um 6 % gestiegen. Ein Grund dafür ist, daß Nordrhein-Westfalen über den geringsten Anteil naturnaher Flächen pro Einwohner verfügt. Mit dem 1987 verbindlich gewordenen Landesentwicklungsplan III gilt der Grundsatz: Vor Nutzung neuer Flächen sind alte heranzuziehen.

- (B) Besonders bemerkenswert für unsere Naturschutzpolitik ist die Gründung der Landesstiftung "Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege". Im Gründungsjahr 1987 wurde sie mit einem Startkapital von 40 Millionen DM ausgestattet. Eines der ersten Förderprojekte war das Projekt "Rettet die Weißstörche in Nordrhein-Westfalen!". Dieser neue unkonventionelle Schritt in die richtige Richtung bahnt eine erfolversprechende Entwicklung an.

Das vom CDU-Landesvorstand vor wenigen Wochen verabschiedete Papier zur Agrarpolitik, Herr Neuhaus, wird vor allem nicht dem Anspruch gerecht, Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum aufzuzeigen. Wenn Sie eben gesagt haben, daß nachwachsende Rohstoffe nur ein Punkt für Sie seien, dann muß ich, bezogen auf dieses Programm, hier feststellen: Wieder einmal wird darin die Förderung nachwachsender Rohstoffe in den Vordergrund gerückt und als Allheilmittel für die Lösung der Probleme im ländlichen Raum angeboten. Dies ist übertrieben, unrealistisch und auch illusionär.

Erst vor einigen Wochen hat die EG-Kommission deutlich gemacht, daß nachwachsende

Rohstoffe in der Verwendung als Bioethanol in der nächsten Zeit keinerlei Wettbewerbschancen haben werden. Wir haben deshalb auch Ihren in diese Richtung zielenden Antrag auf Ansatzerhöhung 1988 ablehnen müssen.

(C)

In diesem Papier, meine Damen und Herren von der CDU, stellen Sie die Stilllegung ganzer Betriebe in den Mittelpunkt Ihrer Lösungsalternative. Wer die sozialpolitisch wünschenswerte Vorruhestandsregelung einführt und zur Voraussetzung dafür macht, daß der Betrieb insgesamt stillgelegt wird, der fördert die Verödung ländlicher Gebiete.

Viele Landwirte, meine Damen und Herren, gehen erneut ohne Hoffnung in das nächste Jahr. Auf dem EG-Gipfeltreffen in Kopenhagen ist es Anfang Dezember nicht gelungen, über die agrarpolitischen Probleme Kompromisse zu finden und damit die notwendigen Weichen für die Neuordnung der EG-Finzen zu stellen.

Da es aber zu der Europäischen Gemeinschaft keine Alternative gibt, sind die Staats- und Regierungschefs im Februar kommenden Jahres gefordert, hier etwas zu tun. Die Aussichten für die Agrarpolitik der Bundesregierung und der Bonner Regierungskoalition stehen keinesfalls gut. Die Sorgen deutscher Landwirte sind aber nur allzu berechtigt. Schließlich steht die Bundesrepublik in ihren agrarpolitischen Forderungen ziemlich allein da. Den Bauern wird allerdings Sand in die Augen gestreut, vor allem mit dem seit Monaten diskutierten Jahrhundertvertrag für die Landwirtschaft.

(D)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Er war ursprünglich für die kleinen bäuerlichen Betriebe und zur Erhaltung der Landschaft im ländlichen Raum gedacht. Bestandteil des Vertrages ist jetzt das Eingeständnis, die Existenz eines jeden landwirtschaftlichen Betriebes nicht garantieren zu können. Der Strukturwandel wird andauern, und die Aufgabe einer vernünftigen Agrarpolitik kann es nur sein, diesen sozial abzufedern. Es wird von den Regierungschefs aller Bundesländer nach meinem Dafürhalten die Notwendigkeit gesehen, die landwirtschaftliche Produktion einer stärkeren Marktorientierung zuzuführen. Jetzt geht es noch darum, die Mittel für ein Maßnahmenpaket bereitzustellen,

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

das Flächenstilllegungen und Vorruhestandsregelungen für ausscheidende Landwirte

(Sieg (SPD))

- (A) absichert und organisiert. Morgen wollen in einem Spitzengespräch mit dem Bundeskanzler die Länderchefs mehr Mittel vom Bund fordern, um Programme zu finanzieren, die einer extensiven Landwirtschaft dienen. Nach meiner Kenntnis lehnen alle Bundesländer es ab, die Finanzierung auch nur zum Teil mit zu übernehmen. Ich halte das für richtig, denn hier ist der Bund allein zuständig.

Eine grundsätzlich neue Agrarpolitik steht auch 1988 an, wenn die Bundesregierung die Präsidentschaft in Brüssel übernommen hat. Hoffentlich aber dann nicht nach den Strickmuster der Unionsparteien und der F.D.P.: Den Großen wird gegeben und den Kleinen wird genommen; und das zu einer Zeit, wo nur noch 20 Pfennig von jeder subventionierten Mark beim Landwirt ankommen.

(Beifall bei der SPD)

Es nutzt nichts mehr, Illusionen zur Preispolitik aufzubauen.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat, wie ich eingangs ausführte, nach klaren Gesichtspunkten, nämlich nach den Gesichtspunkten des SPD-Reformprogramms, den Etat 1988 aufgestellt. Die Mehrheitsfraktion stimmt diesem Etat uneingeschränkt zu.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Riemer: Als letztem Redner zum Einzelplan 10 erteile ich Herrn Abg. Meyer von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren! Er hat noch gar nichts gesagt.

(Heiterkeit)

Lassen Sie ihn reden, hören Sie ihm zu! Je besser Sie zuhören, um so schneller geht das.

Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da man wirklich im Plenum nur 50 % versteht, braucht man ja auch nur noch 50 % Antworten zu geben.

(Beifall)

Wir Liberalen lehnen diesen Haushalt in diesem Jahr ohnehin ab und haben deshalb auch keine Anträge gestellt.

(Zuruf von der SPD: Dann brauchst Du auch nichts mehr zu sagen!)

(C) Ich werde trotzdem etwas sagen, aber ich werde das in Maßen tun und werde mich auch zeitlich darin sehr beeilen.

(Beifall)

Herr Minister Matthiesen, in Ihrer Einführungsrede vor dem Landwirtschaftsausschuß führten Sie an, Prioritäten gesetzt zu haben. Das Fortschreiben von Haushaltsansätzen kann meines Erachtens kein Setzen von Prioritäten sein. Sie sprechen zu Recht an, daß die Landwirtschaft vor enormen Umstrukturierungen steht und daß im ländlichen Raum heute schon Arbeitsplätze fehlen. Dieses Problem wird sich noch verstärken, weil Produktionskapazitäten im Agrarbereich abgebaut werden müssen. Wir kommen um Extensivierung und Flächenstilllegungen nicht herum.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das führt zwangsläufig dazu, daß auch in der Landwirtschaft Arbeitsplätze frei werden. Das Problem der fehlenden Arbeitsplätze verstärkt sich also. Notwendig ist deshalb, dem ländlichen Raum die Chance zur Umstrukturierung zu bieten. Notwendig ist, im ländlichen Raum Flächen für außerlandwirtschaftliche Funktionen bereitzustellen.

(Aigner (SPD): Bei Rheinhausen anfangen!)

(D) Flächenmobilisation für gewerbliche und industrielle Klein- und Mittelbetriebe, Ansiedlungs- und vor allem Erweiterungsmöglichkeiten für diese Betriebe - das fehlt. Öffnung des ländlichen Raum heißt hier die Zielrichtung. Was aber tun Sie, Herr Minister Matthiesen, für diese Möglichkeit, dem Neben- oder Zuerwerbslandwirt einen Arbeitsplatz im Handwerk oder Industrie zu ermöglichen? Mit Hilfe Ihres Planungsinstrumentariums, dem LEP III, wollen Sie gewachsene, entwicklungsfähige Dörfer und Ortsteile auf den Eigenbedarf konservieren.

Der LEP III in der vorliegenden Fassung stranguliert den ländlichen Raum. Warum sollen die ländlichen Gemeinden nicht ihre Infrastruktur, ihre Kläranlagen, ebenso auslasten dürfen wie die Verdichtungsgebiete? Wäre nicht auch die vorhandene, genehmigte oder schon abgestimmte Kapazität der Infrastruktur ein Maß der Entwicklungsmöglichkeit? Darüber setzen Sie sich mit Ihrem Planungsinstrument, dem LEP III, hinweg. Damit erübrigt sich auch der Hinweis, daß auch auf Bundesebene darüber nachgedacht werden muß, inwieweit landwirtschaftlich genutzte

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.))

- (A) Flächen nur in unbedingt notwendigem Umfang anderweitig genutzt werden dürfen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir müssen hier über die Definition "unbedingt notwendig" diskutieren, und zwar vor der notwendigen Zielrichtung: Öffnung des ländlichen Raumes. Herr Minister, Ihr Spagat, durch Verweigerung neuer Wohnsiedlungsgebiete und neuer Gewerbeflächen im ländlichen Raum einerseits den Verdichtungsraum, andererseits falsch verstandenen Natur- und Landschaftsschutz zu befriedigen, ist nur scheinbar gelungen. Sie verweigern dem ländlichen Raum die Umstrukturierung. Sie verweigern dem ländlichen Raum dringend benötigte Arbeitsplätze.

Herr Minister Matthiesen, im Ausschuß war zu hören, Sie wollten die Landwirtschaftsklausel ändern. Nein, die Landwirtschaftsklausel muß gehalten, sie muß nur nach neuen Erkenntnissen interpretiert werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Begriff "ordnungsgemäß" muß klargestellt werden. Welche Vorstellungen haben Sie von diesem Begriff? Ist es heute eigentlich noch gerechtfertigt, die Landwirtschaft als Landschaftsnutzer im Gegensatz zu den Landschaftsschützern zu bezeichnen? Hat nicht erst der Landwirt dafür gesorgt, daß wir heute ein vielfältiges und doch recht kleingekammertes Erscheinungsbild der Landwirtschaft haben?

(B)

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Zuruf von der SPD: Nicht immer!)

Hat nicht der Landwirt dafür gesorgt, daß wir heute schützenswerte Gebiete haben? Müssen wir nicht diese tradierten Begriffe überdenken?

Herr Minister Matthiesen, wir mahnen seit langem an, uns mitzuteilen, welche Vorstellungen Sie zur Entschädigungsregelung für Landwirte in Wasserschutzzonen haben.

(Anhaltende Unruhe - Zurufe)

Der Bundesgesetzgeber hat den Rahmen in § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes geschaffen. Im Plenum und auch im Fachausschuß mahnen wir seit langem an, Ihre Vorstellungen zu den Ausgleichsregelungen zu erfahren.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir doch im Gesetzentwurf!)

- Ja. - Welche Vorstellungen haben Sie davon, Wasserreservegebiete zu schützen? Wie groß sollen die Gebiete sein? Welche Art von Landwirtschaft kann hier künftig betrieben werden? Wie sieht die Struktur der Räume aus Ihrer Sicht morgen aus? Darauf bietet Ihr Haushalt keinen Hinweis. Oder ist dies vielleicht eine spezielle Art der Prioritätensetzung? (C)

Die Gülle-Problematik beschäftigt uns alle. Sie wissen, auch ich bemühe mich um Lösungsansätze zur sinnvollen Gülle-Verwertung. Die Gülle-Problematik lösen zu wollen,

(Wendzinski (SPD): Da müssen Sie eben weniger davon produzieren! - Weitere Zurufe von der SPD)

darf sich doch nicht nur in finanzieller Förderung von Gülle-Behältern erschöpfen. Wie sind Ihre Vorstellungen, Defizitgebiete mit Überschußgebieten in Verbindung zu bringen und hier eine sinnvolle und finanziell machbare Entsorgung zu schaffen?

Hinsichtlich Ihrer Naturschutzpolitik kennen Sie meine Position:

(Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der F.D.P.)

Kein Großgrundbesitzerstaat! Ich halte es für besser, den Landwirten langfristige Pachtverträge anzubieten, statt Flächen zu kaufen.

(Zustimmung bei der F.D.P.) (D)

Diese Art der Kooperation würde es ermöglichen, sehr viel schneller zu sinnvollen Biotop-Vernetzungen zu kommen.

Emotionaler Widerstand gegen Naturschutzverordnungen läßt sich durch langfristige Pachtverträge zweckgerecht im Sinne des Naturschutzes abbauen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Warum legen Sie sich auf den Kauf von Flächen fest, anstatt die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Landwirten auf dem Wege über Pachtverträge auszubauen? Mit eingesparten Mitteln auch in diesem Bereich wäre es möglich, wie früher Land- und Forstwirten einen Zuschuß zu Pflegemaßnahmen für Gewässer zweiter Ordnung zu gewähren. Damit würden die Wasser- und Bodenverbandsbeiträge geringer werden. Muß man nicht überhaupt überdenken, inwieweit es gerechtfertigt ist, vom privaten Waldbesitz Beiträge für Wasser- und Bodenverbände zu fordern? Ist es nicht so, daß die Wohlfahrtswirkung des

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.))

- (A) Waldes auch und gerade für den Wasserhaushalt so bedeutend ist, daß hier die bisherigen Belastungen überdacht werden müßten?

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Herr Minister Matthiesen, Ihre wohlklingenden Worte hinsichtlich einer notwendigen Kooperation mit Landwirten und Ihr verbales Engagement für den ländlichen Raum stehen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite steht, daß Sie mit Ihrem Planungsinstrumentarium, daß Sie mit Ihrem Handeln die dringend notwendige Umstrukturierung des ländlichen Raums verweigern.

(Widerspruch bei der SPD)

Ihr Haushalt bietet keinen Ansatz für eine zukunftsorientierte Umstrukturierung des ländlichen Raumes. Deswegen lehnen wir Ihren Haushalt ab.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat der Herr Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft; bitte sehr!

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Befürchten Sie nichts; aber einige Sätze muß ich doch sagen, weil Herr Kollege Neuhaus gemeint hat, er müßte auch heute in der Debatte neue Vorwürfe gegen unseren Ministerpräsidenten erheben.

(B)

Ich erinnere wie Sie, daß, wenn ich es richtig im Kopf habe, vor längerer Zeit Herr Professor Biedenkopf in diesem Hause im Rahmen einer kohlepolitischen Debatte emphatisch ausrief, und zwar an die Adresse der Landesregierung, an die Adresse der deutschen Öffentlichkeit gerichtet: "Was für die Bergleute gilt und was für die Kumpel eingeklagt werden muß, das muß auch gelten und eingeklagt werden für unsere Bauern."

(Beifall bei der CDU - Neuhaus (CDU): Das ist auch richtig! - Weitere Zurufe von der CDU)

Damals, meine Damen und Herren, hat der Ministerpräsident hier von diesem Rednerpult aus gesagt, wir sollten aufhören, die Schwierigkeiten der einen Gruppe gegen die Schwierigkeiten der anderen Gruppe auszuspielen, sondern sollten uns um beide kümmern.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Neuhaus (CDU): Das ist eben seine Doppelzüngigkeit!)

Wenn deshalb der Ministerpräsident zu Recht darauf hinweist, daß es einen guten Sinn macht, für die Interessen unserer deutschen Bauern in Brüssel zu kämpfen, dann macht es ebenso einen guten Sinn, sich für die Interessen der deutschen Stahlarbeiter in Brüssel einzusetzen.

(C)

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Dreyer (CDU): Das ist doch kein Widerspruch! - Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU) - Weitere erregte Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD)

Im übrigen -

(Langer, nicht verständlicher Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU) - Weitere erregte Zurufe - Große Unruhe)

- Was haben Sie gesagt?

(Erneut Zurufe des Abg. Dr. Posdorf und weiterer Abgeordneter der CDU - Gegenrufe)

- Ich habe Sie nicht verstanden.

(Große Unruhe)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Ruhe zu bewahren und dem Minister zuzuhören.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

(D)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Ich würde so gerne Ihren Zwischenruf aufnehmen, aber ich verstehe ihn nicht. - Wenn Sie jetzt, da es etwas stiller ist, noch einmal rufen wollen?

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, sind Sie damit einverstanden, daß Herr Posdorf eine Zwischenfrage stellt?

(Minister Matthiesen: Mit dem größten Vergnügen!)

- Bitte schön, Herr Dr. Posdorf!

Dr. Posdorf (CDU): Herr Minister Matthiesen, ich frage Sie: Sie machen hier eloquent ganz hervorragende Sachen. Nur, das stimmt mit der Realität in Nordrhein-Westfalen nicht überein.

(Zurufe von der SPD: Fragen, Fragen!)

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) Wenn Sie jetzt hier Gruppen gegeneinander ausspielen wollen, ist das intellektuell unredlich!

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Ich will Ihnen dazu folgendes sagen: Ich spiele nicht Gruppen gegeneinander aus. Aber ich lasse nicht zu, daß ein Unterschied gemacht wird. Das Schicksal der deutschen Bauern wird genauso in Brüssel entschieden, wie in Brüssel das Schicksal der deutschen Stahlarbeiter entschieden worden ist!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Nur, verehrter Herr Kollege - -

(Erneut Zurufe des Abg. Dr. Posdorf und weiterer Abgeordneter der CDU - Große Unruhe)

- Verehrter Herr Kollege, mit einem - -

(Anhaltende große Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich halte es für richtig, meine Damen und Herren, daß der Herr Minister wartet, bis Ruhe im Saal eingeleitet ist!

- (B) Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Verehrter Herr Kollege, nur mit einem Unterschied - das ist, glaube ich, auch die wirkliche Ursache für die zunehmende agrarpolitische Hektik, die auch der verehrte Kollege Neuhaus an den Tag legt -: Die Bundesregierung verhandelt nicht nur für die Interessen der deutschen Bauern - wir erwarten, daß sie dies weiterhin tut, im übrigen in ähnlicher Weise auch für die Interessen der deutschen Stahlarbeiter -, sondern sie verhandelt - und dies ist das Verhängnisvolle in der jetzigen agrarpolitischen Situation und auch für die Zukunft - mit einem falschen Konzept und blockiert damit notwendige Reformen der europäischen Agrarpolitik. Dies ist der zweite notwendige Hinweis: Das Konzept, zu glauben, man könne angesichts der Überschüsse mit aktiver Preispolitik oder mit Preispolitik in Kombination mit bürokratischer Mengenregulierung vernünftige Einkommen für unsere Familienbetriebe sichern, ist angesichts der Preiseinbrüche der letzten drei Jahre nicht nur unglaublich geworden, sondern auch in der Sache gescheitert.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? (C)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Nein. Sonst tue ich es gerne und sogar lustvoll.

(Zurufe von der CDU)

- Damit Sie mir nicht Feigheit vorwerfen: Bitte, gerne doch!

Neuhaus (CDU): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß durch die Milchmengengarantierung der Bundesregierung, die Sie unverschämterweise und massiv bekämpft haben,

(Zurufe von der SPD)

zwei Dinge erreicht wurden: Erstens: Hierdurch stehen in den nächsten fünf Jahren 50 Milliarden DM in der Europäischen Gemeinschaft für andere Zwecke zur Verfügung; zweitens: Durch diese Milchmengenregulierung ist auch der Erzeugerpreis gehalten worden bzw. gestiegen?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Verehrter Herr Neuhaus, diese einzelbetriebliche Milchkontingentierung hat zu zwei Dingen geführt, die Sie genau kennen, die Sie jetzt aber schamhaft verschweigen, weil Sie sonst mit in die politische Verantwortung dafür genommen werden. Sie hat zu einer Benachteiligung der kleinen und mittleren Betriebe und zu einer Bevorzugung der großen Betriebe geführt. (D)

(Lebhafter Beifall bei SPD und F.D.P.)

Sie hat wegen der Ungereimtheiten der Härtefallregelungen und der damit verbundenen Ungerechtigkeiten zum Unfrieden in unseren Dörfern geführt. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. - Abg. Neuhaus (CDU) meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage.)

- Gerne, mit dem größten Vergnügen. Wenn Sie weitere Zwischenfragen haben, bitte.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Neuhaus hat nur noch eine Zwischenfrage. Herr Neuhaus, bitte fragen Sie.

Neuhaus (CDU): Diese Mengenregelung, die Sie ja heute deshalb wieder madig machen wollen, weil hier der erste Erfolg zu sehen ist - -

(A) Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Neuhaus, bitte stellen Sie eine Frage.

Neuhaus (CDU): Ist Ihnen bekannt, daß diese Regelung eine sozial abgestufte - von 2,5 % bis 12,5 % reichende - Abnahme der Erzeugung beinhaltet?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Mir ist die teilweise auch positive Wirkung der Mengenregulierung durchaus bekannt.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

- Entschuldigen Sie, diese Wirkung habe ich nie geleugnet. Eine differenzierte Mitverantwortungsabgabe, die den kleinen deutschen Betrieben in ihrer Wettbewerbssituation gegenüber England, Irland und Holland zugute gekommen wäre, wäre für die deutschen Bauern insgesamt aber besser und gerechter gewesen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

(B) Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Wir reden jetzt nicht mehr über die Milchquotenregulierung, denn ich vermute, daß nur ein Teil unserer verehrten Kolleginnen und Kollegen so weit in die Fachmaterie eingestiegen ist, daß eine Fortsetzung der Debatte sie über den jetzigen Punkt hinaus begeistern könnte. Deshalb komme ich zu dem Ausgangspunkt zurück. Ich sage Ihnen in aller Ernsthaftigkeit: Das bisher verfolgte agrarpolitische Konzept ist gescheitert und befindet sich gewissermaßen in einer Sackgasse. Deshalb kann es mit einem solchen Konzept für die deutschen Landwirte keine gute Zukunft geben.

Das wirkliche Problem ist, daß diese Bundesregierung nicht bereit ist, Reformpositionen - bei Wahrung der Interessen der deutschen Landwirte - in Brüssel aktiv auf den Verhandlungstisch zu bringen. Ich sehe mit großer Sorge - ich möchte an dieser Stelle Herrn Worms ansprechen - das Scheitern des Gipfels in Kopenhagen und die Fortsetzung im Februar in Bonn unter deutscher Präsidentschaft. Es wird dann nämlich um die Frage gehen, ob die Wege für einen europäischen Binnenmarkt geebnet werden, den wir gerade als Deutsche industriepolitisch und wirtschaftspolitisch dringend benötigen, der aber nur zu erreichen ist, wenn wir erneut agrarpolitisch einen Preis dafür bezahlen. Ich sehe mit Sorge, was hier als Preis auf die deutsche Landwirtschaft zukommen kann. Ich sage vorbeugend - die Ministerpräsidenten werden sich morgen ja darüber unterhalten -: Eine Strategie, die da lautet: Wir ebnen den

Weg nach Europa, nehmen erneut große Nachteile für unsere deutschen Landwirte in Kauf, lassen uns den Ausgleich, den Europa nicht zu leisten vermag, dann aber von den deutschen Bundesländern finanzieren, ist mit uns nicht zu machen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir mit allem Nachdruck ja zur Extensivierung, ja zur Marktentlastung - es gibt dazu keine Alternative -; wir sagen aber nein zur Bezahlung marktentlastender Maßnahmen, die der EC zugute kommen, durch die Bundesländer. Wir sind nicht Reparaturbetrieb für eine verfehlt europäische Agrarpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen - ich bitte Sie, Ihren Beschluß zur Agrarpolitik hier in Nordrhein-Westfalen noch einmal kritisch zu durchdenken - ebenfalls nein zu einer Vorruhestandsregelung für Landwirte, wenn diese automatisch mit der Flächenstilllegung gekoppelt wird, wenn die Flächenstilllegung also zwingende Voraussetzung ist. Vorruhestandsregelung: ja, aber nicht gekoppelt mit Flächenstilllegung.

(Zurufe von der CDU)

Sozialpläne für ausscheidende Landwirte dürfen nicht zu Notstandsplänen in den ländlichen Räumen führen. Genau das ist der Punkt. (D)

(Beifall bei der SPD)

Und deshalb

(Ein Abgeordneter meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- nein, Herr Kollege, ich wollte nur wenige Minuten sprechen -,

(Zurufe von der CDU)

deshalb müssen wir die Reform der europäischen Agrarpolitik konsequent betreiben. Wir müssen den Mut zu neuen Einkommensinstrumenten und zum Abbau der Überschüsse haben, und wir brauchen eine stärkere regionale Flexibilität. Nur so werden wir den Landwirten eine gute Zukunft geben, aber nicht mit ideologischer Verklemmtheit, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzel-

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) plan 10 liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Einzelplans 10 - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2630 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Unruhe)

Damit ist der Einzelplan 10 in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Wünscht jemand hierzu das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 13 - Landesrechnungshof - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2633 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. -

(Unruhe)

- (B) Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 13 in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den

Einzelplan 01: Landtag

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 01 - Landtag - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2621 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 01 in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12: Finanzminister in Verbindung damit:

Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abg. van Schewick von der Fraktion der CDU,

(C) van Schewick (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zum Einzelplan 12 komme, noch eine kurze Bemerkung machen, Herr Minister Matthiesen. Ich glaube, daß die CDU-Fraktion die Landwirtschaft bisher nie unter ideologischem Gesichtspunkten angegangen ist,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und ich glaube, daß ein annehmbares und zusammenarbeitendes Miteinander für die Landwirtschaft, für unsere Bauern hier in Nordrhein-Westfalen, auch in Zukunft unsere gemeinsame Zielrichtung sein muß.

Wenn ich jetzt zum Einzelplan 12 und teilweise auch zum Einzelplan 14 Stellung nehme, weil darin der Länderfinanzausgleich und die Steuerentwicklung unseres Landes behandelt werden, so werde ich auch einiges zu der Haushaltseinbringungsrede, die Sie, Herr Minister Posser, für die Landesregierung vorgetragen haben, einbeziehen.

Eine der Aussagen von Ihnen war, daß die Landesregierung die Konsolidierung weiter fortsetze. Und Sie fügten damals einschränkend hinzu: "soweit es angesichts gewisser Rahmenbedingungen möglich ist". In anderen Beiträgen wird von Ihnen seit 1981 immer wieder erklärt, daß eine gewisse Konsolidierung des Haushaltes anzusetzen sei, und zwar deswegen, weil Sie im Vergleich zu den Ausgaben der anderen Flächenländern einen geringeren Anstieg der Ausgaben gehabt hätten. Diese geringeren Ausgaben können natürlich rechnerischen Überlegungen standhalten, aber der von Ihnen dargestellte sogenannte Erfolg liegt doch nicht in Ihrer Konsolidierungspolitik, sondern nur darin, daß dieser Kurs ausschließlich zu Lasten Dritter gefahren worden ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Dieser sogenannte Konsolidierungsweg ist auf Steuerermehreinnahmen zurückzuführen, die Bonn ermöglicht hat.

(Lachen des Abg. Schleußer (SPD))

- Herr Schleußer, in den Jahren 1979 bis 1982, als Helmut Schmidt Kanzler war, nahm das Land 2,4 Milliarden DM mehr ein; in der Regierungszeit Kohl sind über 10 Milliarden DM Steuerermehreinnahmen in den Landeshaushalt eingeflossen.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist - so beurteilen wir es, und, Herr Kollege Schleußer, dem müßten auch Sie